

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt fordert viel mehr Transparenz in der Eurokrise

„Es muss Schluss sein mit der Geheimdiplomatie“

Grüne Spitzenpolitikerin: Parlament soll ordentlich und in vernünftigen Fristen beteiligt werden

■ Von Hartmut Kaczmarek

Weimar. Für eine europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik macht sich Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt stark. Ihre größte Sorge ist, dass der Bundestag jetzt wieder Maßnahmen beschließt, bei denen sich schon in wenigen Wochen herausstellt, dass sie erneut nicht reichen, sagte die Spitzenpolitikerin der Thüringer Bündnisgrünen in einem TLZ-Interview.

Teilen Sie die Kritik von Bundestagspräsident Norbert Lammert, der eine stärkere Einbindung des Parlaments in die Euro-Entscheidungen verlangt hat?

Der Bundestagspräsident hat deutlich gemacht, dass das Parlament ordentlich und in vernünftigen Fristen an der Entscheidung beteiligt sein muss. Das unterstütze ich absolut. Es muss sorgfältig, aber auch zügig entschieden werden.

Warum ist die Beteiligung des Parlaments so wichtig?

Die aktuelle Situation ist schon schwierig genug in der Sache. Für die Menschen stellt sich das doch so dar: Gipfelkonferenz reiht sich an Gipfelkonferenz. Dort werden Beschlüsse gefasst. Aber es gibt keinerlei Rückkopplung in die Parlamente – weder in die nationalen noch in das Europäische Parlament. Wir müssen in den Parlamenten darüber beraten, um die besten Lösungen ringen, die Kontroversen dort austragen. Die Beteiligung des Parlaments ist ein Baustein für echte Bürgerbeteiligung. Im übrigen ist ja auch das Budgetrecht des Bundestages betroffen. Insofern ist eine Beratung zwingend erforderlich.

In den vergangenen Jahren sind doch die Entscheidungen über die Milliarden-Rettungspakete auch innerhalb von wenigen Tagen im Parlament abgesegnelt worden. War das damals schon falsch?

Zu Anfang sind wir von einer absoluten Ausnahme-situation ausgegangen. Inzwischen befinden wir uns in einer Art Dauerkrise. Die darf aber keinen parlamentarischen Ausnahmezustand nach sich ziehen, in dem das Parlament stets so wichtige Entscheidungen innerhalb ganz kurzer Zeit trifft.

In der CDU/CSU wird heftig diskutiert.

Das ist das Wesen des Parlamentarismus: In der Diskussion kommen immer wieder Aspekte zum Vorschein, an die man vorher nicht gedacht hat. Das gilt nicht nur für die Regierungsfaktionen, sondern auch für die Beiträge der Opposition. Und diese neuen Aspekte fließen dann auch in die Gesetze ein. Für eine solche Diskussion braucht man aber Zeit.

Wie soll der parlamentarische Prozess weitergehen? Braucht das Parlament mehr Zeit?

Noch einmal: Wir wollen zügig, aber auch sorgfältig beraten und so zur Beruhigung der Märkte beitragen. Wir müssen diesmal eine Entscheidung fällen, die länger tragen muss als die bisherigen. Eine langfristige Entspannung der Situation ist nicht erreicht worden – und das trotz aller Milliardenpakete, die wir schon geschnürt haben.

Teilen Sie die Kritik des Bundestagspräsidenten, dass die Politik mehr den Finanzmärkten hinterherläuft statt Vorgaben zu machen?

Ja, wir diskutieren schon lange über bestimmte Instrumente, die aber nicht umgesetzt wurden. Ein augenfälliges Beispiel dafür ist die Finanztransaktionssteuer. Das ist eine Steuer, die man zahlt, wenn man mit Geld handelt. Es ist doch in anderen Bereichen völlig normal, dass



„Wir befinden uns in einer Art Dauerkrise“: Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnisgrüne) beim TLZ-Redaktionsgespräch. Foto: Peter Michaelis

Viele wünschen sich mehr Transparenz.

Ich auch. Ich wünsche mir von der Bundeskanzlerin, dass sie ihre Entscheidungsfindung transparent macht, dass sie keine Geheimdiplomatie betreibt, sondern den Menschen erklärt, was aus ihrer Sicht passiert und notwendig ist. Darüber kann man sich dann streiten und auseinandersetzen. Im Moment merken wir alle, dass wir so nicht weitermachen können.

„Bauchpolitik“ in der Finanzwelt

Verstehen die Politiker eigentlich noch, was an den Börsen und Finanzmärkten vor sich geht?

Ich versuche, mich soweit kundig zu machen, dass ich fundierte Entscheidungen treffen kann. Das geht sicher den meisten Kolleginnen und Kollegen im Parlament so. Die Finanzwelt reagiert auf eine Art und Weise, die man als Bauchpolitik bezeichnen könnte. Man hat das Gefühl, es steckt nichts Reales, nichts Erklärbares mehr dahinter. Da stürzen Aktienkurse und Geld wird in Milliardenhöhe vernichtet, nur weil jemand Gerüchte streut, die von anderen begierig aufgegriffen werden. Und ich sehe auch mit Sorge, in welchem großen Umfang die Finanzmärkte von der Technik beherrscht werden.

Sie meinen, dass ab einem gewissen Aktienkurs automatisch verkauft wird.

Wenn wir auf die Automatisierung keinen Einfluss mehr nehmen können, sind wir irgendwann Geiseln der Maschinen. Die Menschen sind verunsichert, sie fürchten um ihre Währung, sie haben den Eindruck, die Politiker stochern auch nur hilflos im Nebel herum. Wie kann man den Menschen diese Verunsicherung nehmen? Ich glaube, dass diese Verunsicherung gut ist. Wir haben jetzt die Chance, aus einer Phase der Verunsicherung heraus unser Wirtschafts- und Finanzsystem und dessen Funktionen neu zu gestalten. Das finde ich allemal besser als wenn irgendwann kommt und von sich behauptet, er habe das Patentrecht, das es nicht gibt.

Wir müssen den Horizont weiten?

Wir müssen das soziale und das kulturelle Europa in den Blick nehmen. Das ist aus meiner Sicht lange vernachlässigt worden. Das hat damit zu tun, dass die europäische Politik, die Politik Europas und die Europapolitik – also diese drei Stränge – im Grunde genommen nur zwischen den Regierungen stattgefunden haben und nie richtig in die Bevölkerung hineingetragen wurden. Vielen Menschen ist daher Europa egal oder sie verbinden damit Befürchtungen.

Riesensbürokratie, der Krümmungsgrad von Bananen und die Länge von Gurken...

Aber das ist doch nicht Europa.

Europa ist mehr. Blicken wir nur nach Thüringen. Wir haben etwas von Europa. Ich erinnere an die vielen europäischen Förderprogramme, die das Land zu einem hervorragendem Innovationsstandort gemacht haben. Unterschätzt wird auch, dass sich die Menschen in Europa durch die Vielzahl von Begegnungen gegenseitig etwas geben, dass sie von- und miteinander lernen. Europa ist doch eine Wertegemeinschaft. Über all diese Dinge wird zu wenig gerechnet. Es gibt keine Bürgerentscheide, wenn es um europäische Fragen geht.

Setzen Eurobonds nicht doch die Stabilität aufs Spiel?

Noch einmal: Wir müssen Kriterien finden, die die Währung stabilisieren, aber auch Perspektiven eröffnen. Meine größte Sorge ist, dass wir jetzt wieder Maßnahmen beschließen, bei denen sich schon in wenigen Wochen herausstellt, dass sie nicht reichen. Wir brauchen eine europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Politik der EU-Staaten in diesem Bereich muss viel besser mit einander koordiniert werden. Eine Stabilisierung ausschließlich durch immer neues Bereitstellen von Geld ist aus meiner Sicht nicht der richtige Weg.

Ist das ein Signal an die Märkte, ja, wir stehen zusammen?

Auf jeden Fall ist es ein Signal gegen das Diktat der Finanzmärkte, es ist ein Signal für die Handlungsfähigkeit der europäischen Politik. Man hat ja derzeit nicht unbedingt den Eindruck, dass die europäische Politik zu stringentem gemeinschaftlichem Handeln in der Lage ist.

Was ist mit Merkel und Sarkozy?

Die Ergebnisse klingen im ersten Augenblick gut. Wenn man aber dahinter blickt, stellt sich heraus, eigentlich haben die beiden nichts Neues beschlossen.

Werden die Deutschen zum Zahlmeister Europas?

Wir Deutsche haben viel von Europa profitiert, gerade beim Aufbau hier in Ostdeutschland. Unsere Export-Wirtschaft profitiert enorm von Europa und vom Euro. Es geht jetzt darum, die

Möglichkeiten, die uns Europa bietet, zu stabilisieren.

Die Kosten der Eurobonds werden auf einen zweistelligen Milliardenbereich für Deutschland berechnet.

Das kann keiner so genau vorhersagen. Eurobonds sind ein wichtiger Bestandteil einer dauerhaften Krisenlösung. Sie sind langfristig die kostengünstigere Alternative zu den immer neuen Euro-Rettungsschirmen, mit denen schwächelnden Euro-Staaten geholfen werden muss.

Menschen lernen bei Begegnungen

Welche Rolle spielt der Finanzminister?

Wolfgang Schäuble ist davon überzeugt, dass er weiß, wie es geht. Und er ist der Meinung, die Märkte könne man stabilisieren, wenn es weniger Transparenz in den Entscheidungsprozessen gebe. Auch er wird einsehen müssen, dass es ohne eine ordentliche Beteiligung des Parlamentes nicht geht, bei aller gebotenen Eile.

Sollte die Entscheidung, wie derzeit diskutiert, um eine Woche verschoben werden?

Einig sind sich alle Fraktionen, dass wir eine ordentliche Beratung im Parlament wollen. Darüber, wie man das organisieren kann, wird jetzt gesprochen.

Ist das Weimarer Dreieck, das heute sein 20-jähriges Jubiläum feiert, eine Möglichkeit, mit den neuen Herausforderungen besser fertig zu werden?

Auch das Weimarer Dreieck funktioniert nur, wenn es zu einer Sache der Bürgerinnen und Bürger wird. Menschen lernen voneinander, wenn sie sich begegnen. Das merken auch wir als Präsidium des Deutschen Bundestages in den wirklich engen Kontakten zu unseren Kolleginnen und Kollegen in Paris und Warschau. Eine solche Entwicklung wie beim Weimarer Dreieck kann man von oben anstoßen, es muss dann aber von unten wachsen.

Viele Befürchtungen lösen sich dann in Luft auf.

Natürlich. Nehmen Sie das Beispiel Polen. Es gab große Befürchtungen, als die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt anstand. Sie haben sich nicht bestätigt. Wenn man jetzt in unser östliches Nachbarland schaut, stellt man fest, dass Polen ein hochinnovatives Land ist, weil es dort hoch motivierte junge Leute gibt. Sie engagieren sich in einer Art und Weise für Europa, von denen wir noch etwas lernen können.

Wie kann man die Bürger stärker einbeziehen?

Dieser Aspekt ist in der Vergangenheit unterschätzt worden. Auch die Thüringer Partnerschaften zur Picardie und zu Malopolska sind in den vergangenen Jahren eher auf Sparflamme gelaufen. In der Krise gibt es nach meiner Einschätzung ein höheres Interesse für das gemeinsame Europa. Die Krise drängt geradezu die Frage auf, wie leben die Menschen in Europa eigentlich? Gibt es gemeinsame Ursachen für bestimmte Entwicklungen? In einer solchen Krise interessiert man sich vielleicht mehr füreinander als zu anderen Zeiten.

Müsste man dieses Interesse gerade bei jungen Menschen nicht noch weiter befördern?

Ich sehe darin eine große Chance. Gerade für diese wunderbare Stadt Weimar. Die guten Ansätze, die es beispielsweise in der Europäischen Jugendbildungsstätte in Weimar gibt, sind ausbaufähig. Die Arbeit muss vor allem deutlich mehr unterstützt werden.

MEIN TAG

Die Visionäre

■ Von Hartmut Kaczmarek



Als sich vor 20 Jahren Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski hier im schönen Weimar trafen, hatten sie eine Vision. Deutschland und Frankreich sollten gemeinsam Polen helfen, so schnell wie möglich in Nato und Europäischer Union Fuß zu fassen. Weimarer Dreieck nannten sie das Ganze. Diese Vision ist mittlerweile Wirklichkeit geworden, Polen ist anerkannter Partner Europas und in vielen Dingen sogar eine Lokomotive für die europäische Entwicklung.

Mut zu Visionen braucht die Politik. Helmut Schmidt mag das ja anders sehen. Der Altkanzler hat einmal in seiner gewohnt locker-flapsigen aber direkten Art auf die Frage, welche Vision er denn habe gesagt, wer Visionen habe, der müsse zum Arzt gehen. Aber ohne Visionen kommen Politiker, kommen wir alle nicht aus. Jeder hat eine Vision davon, wie er sich sein Leben vorstellt. Und was wäre Europa ohne die Visionen eines Charles de Gaulle oder

Konrad Adenauer. Was wäre Polen ohne die Visionen eines Lech Walesa oder Tadeusz Mazowiecki? Ihre Solidarnosc-Revolution ist eines der Fundamente auch für die deutsche Wiedervereinigung. Im Augenblick fehlt der Politik eben diese europäische Vision. Man hangelt sich von Krisengipfel zu Krisengipfel. Aber ist Europa nicht mehr? Hans-Dietrich Genscher hat in seinem TLZ-Gastbeitrag am Sonntagabend auf die kulturelle Dimension Europas hingewiesen, Katrin Göring-Eckardt spricht heute vom sozialen Europa. Die Turbulenzen der Finanzmärkte sind das eine, die Idee eines einigen Europa sind das andere. Hier können die Visionen von 1991 beispielgebend sein.

Merkel muss jetzt um ihr Amt kämpfen

Von der Leyen zeigt Leidenschaft

■ Von Miguel Sanches

Berlin. Jeder große Kanzler hat um sein Amt kämpfen und auch etwas riskieren müssen. Nun ist Angela Merkel (CDU) gefordert. Mit dem September bricht ein Herbst der Entscheidungen an. Keinen Tag ihrer Kanzlerschaft habe sie bereut, „nein, nie“. Bloß sei gerade „sehr viel zu tun“, sagte sie in einem Interview. Tiefer lässt sie nicht in ihr Inneres blicken.

Um eine Schicksalsfrage geht es, um den Euro. Der Bundestag soll nach bisherigem Zeitplan am 23. September über den Rettungsfonds abstimmen. Die Zahl der Zweifler bei Union und FDP nimmt zu. Mehrheit: prekär. Stimmung: besorgniserregend.

Beispiel Ruprecht Polenz. Der Außenpolitiker fürchtet nach eigenen Worten, dass die CDU dabei sei, „ihren Ruf als Europa-Partei ankratzen zu lassen“. Kritik an Merkel formuliert er moderat. Es werde nicht immer „hinreichend deutlich“, dass sie eine überzeugte Europäerin sei. Allein, was genau vermisst die CDU? Große Gefühle, bessere Erklärungen? Mut vielleicht?

Leidenschaft führt Ursula von der Leyen vor. Europa ist für sie „eine in die Jahre gekommene Romanze“. Ihr Ziel seien die Vereinigten Staaten von Europa, verriet die Sozialministerin in einem Interview. Nun kann man ihr Interview so oder so deuten: Als Ergänzung zu Mer-



Zeigt Leidenschaft für Europa: Arbeitsministerin Ursula von der Leyen. Foto: dapd

kel, die nicht in solchen Gefühlskategorien über die EU redet. Oder als Empfehlung. Denn bei einer Niederlage am 23. September wäre ein Rücktritt fällig. Ist von der Leyen die Ersatzkanzlerin?

Die letzte Woche war für Merkel grauenvoll. Am Dienstag wurde die Skepsis der Unionsfraktion deutlich. Anderntags meldeten sich Altkanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Christian Wulff kritisch zu Wort. Sorgen machte sich auch Bundestagspräsident Norbert Lammert – wegen der Rechte des Parlaments. Am Freitag wurde bekannt, dass die CSU heute ein Europapapier vorstellen will, das ihre rote Linie markiert: Keine Transferunion, keine Vergemeinschaftung der Finanzen. Zur Not sollen einige Staaten die Eurozone verlassen.

Stellt sie doch Vertrauensfrage?

Merkel will im Gegenteil die EU zusammenhalten. Denn: Fällt Griechenland aus, könnten erst Portugal, Irland, alsbald Spanien und Italien folgen. Merkel ist so entschieden Pro-Europa wie Kohl – nur nicht so wage-mutig.

Auf die Frage nach ihrem Mut erzählte Merkel nach, wie sie als Schülerin 45 Minuten brauchte, bevor sie vom Dreimeterbrett sprang. So war sie damals, und so blieb sie bis heute: Sie ist kopfgesteuert und braucht eine große Anlaufzeit. Letztes erwies sich in der Krise als Nachteil. Aber: Erste Veränderungen sind unverkennbar. Vor der Fraktion zeigte sie Herz für Europa. Für den CDU-Parteitag setzte sie eine Grundsatzdebatte dazu an. Zuvor warten alle erst mal den 7. September ab. Dann fällt das Verfassungsgericht ein Urteil, das Europa, den Euro, das Krisenmanagement und die Parlamentsrechte betrifft. Es ist so wichtig, dass die Kanzlerin eine Russland-Reise absagte. Sie will die Deutung des Urteils nicht anderen überlassen. Und was nun ihren Mut betrifft, so ließe auch er sich unter Beweis stellen: Mit der Vertrauensfrage im Bundestag. Große Kanzler haben es getan.